Presseinformation

27.12.2012

Nebelkerzen von Peter Woitsch Tricksereien von Bürgermeister Döring verteidigt

Die Verteidigungs-Argumentation von Peter Woitsch für Bürgermeister Döring im Fall der vorzeitigen Auftragsvergabe für den Bebauungsplan Sportplatz Niederseelbach und die Änderung des entsprechenden Flächennutzungsplans ist irreführend, so Gemeindevertreter Klaus Henry (WGN). So gebe Woitsch eine vorzeitige Auftragsvergabe zu und relativiere den Verstoß dann mit der bemerkenswerten Aussage, dass klar gewesen sei, dass die Mehrheit von CDU und SPD diesem Vorgehen in der Sitzung der Gemeindevertretung nachträglich zustimmen würde. Was für ein Demokratieverständnis - so Henry. Künftig könnten also weitere Aufträge vor Beschluss der Gemeindevertretung vorzeitig vergeben werden, weil die Mehrheit der Großen Koalition es im Nachhinein schon absegnen werde. Vor diesem Hintergrund stelle sich doch die Frage, warum der Bürgermeister in der Entscheidungsvorlage nicht ehrlich und offen darauf hinweise, dass es nur noch um eine formale Absegnung der bereits vergebenen Aufträge gehe? Warum nennt er in der Entscheidungsvorlage nicht das beauftragte „renommierte Planungsbüro“ und die genaue finanzielle Höhe der bereits vergebenen Aufträge?

Wenn sein Vorgehen formal so gänzlich in Ordnung gewesen wäre, hätte Bürgermeister Döring auch mit offenen Karten spielen können. So aber fehlten zumindest den Mandatsträgern der Gemeindevertretung Niederhausen, die nicht der Großen Koalition von CDU und SPD angehören, wesentliche aktuelle Informationen für ihre Entscheidungsfindung am 13.12.2012. Sie wurden mit dieser Trickserei buchstäblich „hinters Licht geführt“.

„Es ist völlig unüblich und gegen die Entscheidungshoheit der Gemeindevertretung gerichtet, wenn sie nur noch bereits vergebene Aufträge im Nachhinein absegnen soll“, so Klaus Henry weiter. Ein terminlicher Zwang könne dafür nach jahrelanger Untätigkeit bei diesem Projekt nicht ausschlaggebend sein. Zumal dieser angebliche Zeitverlust durch das Festhalten des Gemeindevorstandes und der Parteien der Großen Koalition am neuen Sportplatz-Standort selbst verschuldet ist. Hat der Gemeindevorstand doch auf Drängen von CDU und SPD den SV Niederseelbach mit erheblichem Zeitaufwand unter Druck setzen müssen, um schließlich dessen Zustimmung für den neuen Sportplatz-Standort zu erhalten (siehe auch Artikel „Wir können ja nur zustimmen“ im Wiesbadener Kurier vom 8.10.2012). „Am alten Standort werde der SV Niederseelbach keine Baugenehmigung erhalten, selbst wenn er die Finanzierung des Kunstrasens komplett selbst übernehme“, heißt es dort. „Schließlich werde das Gelände von der Trasse der geplanten Umgehungsstraße berührt“.

Diese Aussage aber stimmt nachweislich nicht. „Denn die zuständige hessische Planungsbehörde, Hessen Mobil (Nachfolgerin des bisherigen Amtes für Straßen- und Verkehrswesen ASV), hat der WGN auf Anfrage schriftlich bestätigt, dass für diese Umgehungsstraße in Niederseelbach noch keine Planungen existieren - schon gar nicht eine bereits fest fixierte Trassenführung, die nicht mehr mit dem Ziel änderbar wäre, dass das alte Sportplatzgelände davon nicht mehr tangiert würde“, so Henry abschließend.